



Regierungserklärung „Ein gutes Leben lang“

Für eine moderne und menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik in Bayern.

„Wenn ich in Bayern unterwegs bin, stellen mir die Menschen immer wieder drei Fragen“, beginnt Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml ihre erste Regierungserklärung im Bayerischen Landtag und verspricht: „An diesen Fragen richte ich meine Politik aus“:



- Wie kann ich möglichst lange gesund bleiben?
- Wie bekomme ich die bestmögliche Versorgung, wenn ich krank bin?
- Wie kann ich in Würde alt werden?

„Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt meiner Pflege- und Gesundheitspolitik für Bayern“, betont Melanie Huml.

Bürgerbewegung Prävention

Ein gesunder Lebensstil kann vielen chronischen Erkrankungen vorbeugen. Deshalb sind der Ministerin Gesundheitsförderung und Prävention so wichtig. Dabei gilt: Aufklärung und Motivation sind besser als Zwang.

„Ich möchte bei den Menschen das Verantwortungsbewusstsein für das eigene Leben schärfen und dabei alle einbeziehen, von den Kindern bis zu den Senioren“, erklärt Huml und legt dazu Bayerns ersten Präventionsplan vor.

Schwerpunktthema in diesem Jahr ist die Kindergesundheit. Dazu gibt es zahlreiche Veranstaltungen, auch im Raum Bamberg: www.ich-mach-mit.bayern.

Medizinische Versorgung

Zweiter Schwerpunkt ihrer Regierungserklärung war der Erhalt einer wohnortnahen medizinischen Versorgung. „Ich will mehr Ärzte aufs Land bringen“, betont Gesundheitsministerin Huml. Sie plant daher, das erfolgreiche Förderprogramm auszubauen.

„Außerdem werde ich die Digitalisierung und Vernetzung vorantreiben“, so Huml und verweist auf die Vorteile für Patienten: „Mit Hilfe modernster Technik können wir Spezialwissen in die Fläche bringen. Die Telemedizin macht das möglich.“ Das erfolgreiche flächendeckende Netzwerk zur Versorgung von Schlaganfallpatienten soll auf andere Bereiche übertragen werden.



Die hohen Investitionen in moderne Krankenhäuser will Gesundheitsministerin Melanie Huml beibehalten. In Bamberg hat sie dieses Jahr das neue OP-Zentrum im Klinikum am Bruderwald eingeweiht. Den Ausbau der Kliniken in Bamberg, Burgebrach und Scheßlitz förderte Bayern in den letzten 25 Jahren mit 179 Millionen Euro, weitere 53 Millionen Euro sind in den kommenden Jahren eingeplant.

Mehr Selbstbestimmung im Alter

„Die Menschen sollen stärker als bisher selbst entscheiden können, wo und wie sie im Alter leben wollen“, betont Huml. Sie setzt u.a. auf den Ausbau der ambulanten Pflegeangebote.

Die Gesundheits- und Pflegeministerin will dabei die Rolle der Kommunen bei Beratung, Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen stärken.

„Die Städte, Gemeinden und Landkreise haben den besten Überblick über die schon vorhandenen Angebote und die Bedürfnisse vor Ort, aber bisher hatten sie nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten“, erläutert Huml.



Zur Einweihung der neuen Sozialstation der Johanniter in Schlüsselfeld kam auch Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml.

Gleichzeitig ist es Pflegeministerin Melanie Huml auch wichtig, dass der Pflegeberuf attraktiver wird. „Dazu gehören ein angemessener Lohn, eine gute Ausbildung und mehr Personal.“ Bayern sei hierbei in Deutschland schon ganz vorn dabei, aber „Luft nach oben gibt es immer“.

Regierungserklärung im Wortlaut:

- www.melanie-huml.de
- Weiterführende Informationen:
- www.praeventionsplan.bayern.de
- www.ich-mach-mit.bayern

Ausgabe Juli 2015

Grüß Gott!

Nach zwölf Jahren im Bayerischen Landtag und acht Jahren in der Staatsregierung gibt es immer noch politische Premieren. Vor kurzem habe ich meine erste Regierungserklärung gehalten und ich gebe zu: kurz davor war ich doch ein klein wenig aufgeregt.

Die vielen positiven Reaktionen auf meine Regierungserklärung haben mir dann aber gezeigt: Mit unserer bayerischen Gesundheits- und Pflegepolitik sind wir auf dem richtigen Weg: einerseits eine gesunde Lebensweise fördern und andererseits ein gute Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall sicherstellen und zwar für jeden Menschen.

Ich betone das, weil es mir wichtig ist, dass wir auch in Zukunft im ländlichen Raum genügend Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen haben. Ich betone das aber auch mit Blick auf die aktuelle Debatte zur Sterbehilfe.

Meine große Sorge ist, dass sich alte und schwerstkranke Menschen unter Druck gesetzt fühlen, ihr Leben vorzeitig zu beenden. Auch als Ärztin sage ich: Wir müssen alte und schwerstkranke Menschen beim Sterben begleiten, ihnen Ängste und Schmerzen nehmen. Wir dürfen aber nicht aktiv helfen, Leben zu verkürzen.

Vor kurzem haben der EAK Bamberg und ich zu diesem Thema eine Podiumsdiskussion veranstaltet und ich habe mich über das große Interesse sehr gefreut. Es ist gerade im Familienkreis wichtig, auch über das Sterben offen zu sprechen.

Näher geht darauf die evangelische Regionalbischöfin Dr. Greiner in ihrem Gastkommentar ein. Informationen zu weiteren Schwerpunkten meiner Pflege- und Gesundheitspolitik finden Sie im Hauptartikel dieser InfoMax-Ausgabe.

Herzlich grüßt Sie
Ihre

Melanie Huml

Impressum

Herausgeber: Melanie Huml, MdL
Luitpoldstr. 55, 96052 Bamberg
Telefon: (0951) 96 43 97 43
eMail: mdl@melanie-huml.de
Redaktion: Claudia Bachmann (V.i.S.d.P)



BILD DES MONATS



„Die Generalsanierung des Bamberger Klosters St. Michael ist ein hervorragendes Beispiel für bestens funktionierende Zusammenarbeit von Land, Bund und Kommune“, sagte Staatsministerin Melanie Huml (3.v.r.) anlässlich der Einweihung des ersten Bauabschnitts. „Gemeinsam können wir auch solche Großprojekte realisieren“, betonte die CSU-Landtagsabgeordnete. Ein erheblicher Teil der bisherigen Kosten von 5,3 Millionen Euro stammt aus dem Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten. „Für den zweiten Bauabschnitt dürfen wir uns über Städtebaufördermittel freuen“, so Huml. Ihr Kollege Bayerns Bauminister Joachim Herrmann (2.v.r.) hatte das Kloster St. Michael für das Programm nationale Projekte des Städtebaus gemeldet und inzwischen wurden 5,4 Millionen Euro vom Bund bewilligt. Zur Einweihung kamen auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks (links), Oberfrankens Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin (Mitte) und Erzbischof Dr. Ludwig Schick (rechts).

Fördermittel sprudeln: Städtebau, FAG & Kulturfonds

„Bayern fördert Kultur, Bildung und Bauprojekte in der Region Bamberg weiterhin mit hohen Summen“, freut sich Staatsministerin Melanie Huml.

Wie die CSU-Landtagsabgeordnete berichtet, fließen in diesem Jahr rund 3,7 Millionen Euro Städtebaufördermittel nach Bamberg, Gundelsheim, Hallstadt, Oberhaid, Trabelsdorf und Viereth-Trunstadt.

Auch beim Bau öffentlicher Schulen und Kindertageseinrichtungen in der Region Bamberg hilft der Freistaat kräftig mit. „Allen Kindern eine erstklassige Bildung zu ermöglichen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben“, betont Melanie Huml. „Neben gut ausgebildeten und engagierten Lehrkräften bzw. Erziehern und Betreuern gehört dazu auch eine Umgebung, in der sich die Kinder wohl fühlen“, erklärt die Ministerin. Dafür erhalten Bamberg, Bischberg, Gundelsheim und Stegaurach dieses Jahr über 3,2 Millionen Euro FAG-Fördermittel.

Aus dem Kulturfonds Bayern fließen dieses Jahr über 230.000 Euro in die Region Bamberg. Sieben Projekte werden unterstützt, u.a. die Sommer Oper Bamberg und das Kindertheater Chapeau Claque.

US Konversion Bamberg: Unterstützer werben

„Die US Konversion ist eine tolle Chance, Bamberg weiterzuentwickeln, aber sie ist auch eine enorme Herausforderung. Deshalb freue ich mich, dass Bamberg dafür Fördermittel vom Freistaat erhält, kürzlich wurden 850.000 Euro bewilligt“, berichtet Staatsministerin Melanie Huml, die bei jeder Gelegenheit ihre Kabinettskollegen um Unterstützung für die Konversion bittet.

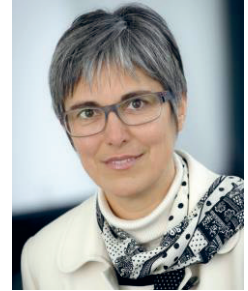
Mit Innenminister Joachim Herrmann hat Huml z.B. über einen neuen Standort für die Verkehrspolizei gesprochen: „Mein Kollege hat sich hier sehr aufgeschlossen gezeigt, bisher liegt aber wohl noch kein geeigneter Standortvorschlag von der Stadt Bamberg vor.“



Kulturminister Dr. Ludwig Spaenle hat Staatsministerin Melanie Huml um Unterstützung beim Umbau der US-Reiterhalle zum Kammermusiksaal gebeten. Gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Christian Lange hat sie Spaenle die Pläne für ein Kultur- und Kreativquartier in der Lagarde-Kaserne vorgestellt.

Gastkommentar

der Regionalbischöfin
Dr. Dorothea Greiner



Liebe Leserinnen und Leser!

Viele fordern, dass Beihilfe zur Selbsttötung oder gar Tötung auf Verlangen möglich sein sollen. Es genügt nicht, die Entscheidung darüber dem Bundestag zu überlassen. Denn die Frage, wie wir uns ein gutes Sterben vorstellen, wird uns alle betreffen, weil unsere Freunde und Angehörige und auch wir selbst sterbliche Menschen sind.

Der größte Trugschluss in der gegenwärtigen Diskussion liegt m.E. darin, dass Beihilfe zur Selbsttötung oder Tötung auf Verlangen die Handlungsfreiheit des Menschen erhöhen und mehr Selbstbestimmung bringen. Wenn eins von beidem ermöglicht wird, so wird der Druck für Pflegebedürftige wachsen, sich aus dem Weg zu räumen, weil sie den Angehörigen keine Mühe machen wollen und keine Kosten verursachen wollen. Es wächst der Druck „sich aufzuräumen“. Doch: Niemand soll sich rechtfertigen müssen dafür, dass er noch da ist.

Die Angst der Menschen vor langen Sterbeprozessen mit quälenden Schmerzen oder Atemnot ist ernst zu nehmen. Ich wurde freilich überrascht durch meine Besuche auf Palliativstationen und in Hospizen. Erstaunt hat mich zum einen die zutiefst menschenfreundliche und friedliche Atmosphäre und zum anderen die Gewissheit der Ärzte bei den genannten körperlichen Symptomen sehr gut helfen zu können; dies wurde mir auch von den Patienten bestätigt. Auch seelische Fragen finden hier ihren Ort durch gute Hospizbegleiter und Seelsorger.

Wir brauchen keine Sterbehilfe, sondern eine christliche Sterbekultur, die auch im Sterben dem Leben dient.

Ihre

Dorothea Greiner